

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Cyberkriminalität verhindern - Mecklenburg-Vorpommerns kritische Infrastruktur vor Angriffen aus dem Netz schützen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Mit Blick auf die dynamischen Herausforderungen in Bezug auf Angriffe aus dem Netz, ist es notwendig die Cybercrime-Dienststellen des Landes zukunftsfähig aufzustellen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. mehr gut ausgebildetes Personal für den Bereich IT-Sicherheit und Infrastruktur bereitzustellen.
2. gemeinsam mit den Hochschulen des Landes ein Konzept zu entwickeln, die Weiterentwicklung der IT-Studiengänge voranzutreiben sowie entsprechende Stipendienprogramme aufzulegen.
3. Strategien zu entwickeln, um Angriffe besser zu vereiteln und die Täter zu identifizieren, zu verfolgen und zur Rechenschaft zu ziehen.
4. Cybercrime-Dienststellen in den Behörden des Landes besser auszustatten und landesweit zu koordinieren.
5. in Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, spezialisierten Verbänden und Vereinen sowie den Industrie- und Handelskammern die Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Unternehmen und ihrer Beschäftigten weiter zu erhöhen sowie Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen zu ermöglichen oder zu unterstützen.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Die Attacken durch Cyberkriminalität aus der jüngsten Vergangenheit, in der Verwaltung, der kritischen Infrastruktur und bei öffentlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen haben deren hohes Schädigungspotenzial deutlich aufgezeigt. Der jährliche Schaden von Cyberattacken ist allein im Nordosten des Landes auf einen zweistelligen Millionenbetrag zu beziffern.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen im Jahr 2020 die Fallzahlen für den Bereich „Datenveränderung, Computersabotage“ um 146,2 Prozent sowie im Bereich „Ausspähen und Abfangen von Daten einschließlich Vorbereitungshandlungen und Datenhehlerei“ um sieben Prozent. Angriffe auf die kritische Infrastruktur des Landes bedeuten eine wahrnehmbare Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Gut ausgebildetes und IT-affines Personal ist eine Grundvoraussetzung für den effektiven Schutz des Landes gegen Cyberkriminalität. Kooperationen mit den Hochschulen und Universitäten des Landes stellen eine Möglichkeit dar, dem Mangel an lokalen Fachkräften zu begegnen.

Im Jahr 2020 hat die Zahl der aufgeklärten Fälle im Bereich Computerkriminalität den absoluten Tiefpunkt der letzten zehn Jahre erreicht, wobei zu unterstellen ist, dass die Dunkelziffer in diesem Bereich sehr hoch ist.

Die unternehmerische Pflicht zum Selbstschutz kann insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) keinen Garantieschein für effektive Sicherheit gegen Cyberangriffe darstellen. Die Gefährdung dieser Unternehmen birgt eine zu häufig unterschätzte Gefahr für den Standort Mecklenburg-Vorpommern.

Unternehmen haben die Erfahrung gemacht, dass eine Anzeige in Fällen von Cyberkriminalität häufig lediglich mit weiterem Aufwand verbunden ist, der seine Wirkung verfehlt. Eng bemessene Mittel bei der Polizei machen eine effiziente Ermittlung unmöglich und wirken einer starken präventiven Kriminalitätsbekämpfung entgegen.